

# **Keine Steuergelder für die Bewerbung Münchens, Garmisch-Partenkirchens und Schönaus für die Olympischen Winterspiele 2018**

**Antragssteller:** Grüne Jugend München  
per Beschluss der Mitgliederversammlung vom 14. Juli 2010

## **Antrag:**

Der Kreisverband München von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN spricht sich gegen eine Teilfinanzierung der Kosten der Bewerbung Münchens, Garmisch-Partenkirchens und Schönaus für die Olympischen Winterspiele 2018 aus Steuergeldern aus. Der Etat der Bewerbungsgesellschaft muss sich wie angekündigt allein aus Mitteln privater Sponsoren zusammensetzen. Weder der Freistaat Bayern, die Landeshauptstadt München, die Marktgemeinde Garmisch-Partenkirchen, noch der Landkreis Berchtesgadener Land dürfen zur Deckung des Bewerbungsbudgets herangezogen werden. Die grüne Stadtratsfraktion wird daher aufgefordert, einem möglichen weiteren finanziellen Zuschuss oder Darlehen zur Bewerbung durch die Landeshauptstadt nicht zu zustimmen.

Darüber hinaus rügen die Münchner Grünen, dass öffentliche Unternehmen wie die Flughafen München GmbH als Sponsoren entgegen dem Anspruch einer rein privatfinanzierten Bewerbung eingesprungen sind.

## **Begründung:**

Von den für die Bewerbung veranschlagten Kosten von 30 Mio. Euro, sind bisher nur 20 Mio. Euro durch Sponsorenmittel aufgetrieben worden. Hierbei handelt es sich allein um Mittel für den Prozess der Bewerbung, dessen Ausgang ungewiss ist. Unter den Förderern und Ausstattern der Bewerbung befinden sich/sind auch Unternehmen, die sich in öffentlicher Hand befinden, wie die Flughafen München GmbH, die Messe München oder die Stadtwerke München.

Willy Bogner, Geschäftsführer der Bewerbungsgesellschaft, forderte die Bewerberstädte und den Freistaat am 12. Juli auf, der Bewerbung finanziell beizuspringen. Es fehle nicht nur noch an Geld um das ursprüngliche Budget zu decken, sondern es wäre auch eine Erhöhung des Etats auf bis zu 40 Mio. Euro nötig. Berichten der Süddeutschen Zeitung zufolge drohte Bogner mit seinem Rücktritt für den Fall, dass seiner Forderung nicht nachgekommen werde. Am 15. Juli beschlossen die Gesellschafter in der Tat das Budget auf 33 Mio. Euro zu erhöhen, hielten jedoch vorerst an dem Ziel einer durch Privatsponsoren finanzierten Bewerbung fest.

Die Münchner Grünen haben am 14. Oktober 2009 auf Antrag der Stadtratsfraktion der Olympiabewerbung zugestimmt, unter der Auflage, dass *„die Finanzierung soweit möglich über private Geldgeber sichergestellt wird“*. Dieser Anspruch wäre durch eine öffentliche Finanzspritze in Millionenhöhe hinfällig. Mit diesem Beschluss soll das Ziel einer rein durch private Sponsoren finanzierten Bewerbung als verbindliche Forderung der Münchner Grünen festgeschrieben werden. Damit soll möglichen weiteren Rufen nach öffentlicher Hilfe getrotzt werden. Die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler dürfen nicht für mangelnde Spendenakquise geradestehen müssen, während sich der Deutsche Olympische Sportbund (mit 51% Haupteigentümer der Bewerbungsgesellschaft) aus der Finanzierung heraushält.